

Morgen-Ausgabe der Danziger Zeitung.

Antliche Nachrichten.

Se. Majestät der Königl. Allergnädigst geruht: Dem Rittergutsbesitzer Freih. v. Wenge auf Haus Wenaue den Rothen Adler-Orden vierter Klasse und dem Bürgermeister Wiegand zu Martershausen das Allg. Ehrenzeichen; sowie dem Reg. und Landes-Oekonomie-Rath Herzberg zu Merseburg den Titel Geheimen Regierungsrath zu verleihen.

Telegraphische Depesche der Danziger Zeitung.

Angelommen den 2. December, 8 Uhr Abends.
Berlin, 2. Dec. Das Abgeordnetenhaus erledigte alle zur Verathung gestellten Positionen des Etats des Cultusministeriums. — Die Budgetcommission nahm heute den § 1 des Gesetzes betreff. die Consolidation der preussischen Staatsschulden unverändert an; zu § 2 liegen zahlreiche Amendements vor, über welche die Verathung ausgesetzt wurde.

Der Bundesrath des Norddeutschen Bundes ist der „Kreuzzeitung“ zufolge zum 8. Dec. einberufen worden. Gerüchlicherweise verlautet, daß der Präsident des Bundeskanzleramts, Delbrück, mit Beibehaltung seiner bisherigen Stellung zum preussischen Staatsminister ohne Portefeuille ernannt ist.

Die Danziger Regierung über die Noth der Volksschule.

Durch einen „Ausruf“ vom 15. Nov., der freilich, wie es scheint, nur etlichen conservativen Blättern zur Veröffentlichung zugegangen ist, dessen gute Absicht wir aber auf das Bereitwilligste anerkennen, hat die Danziger Regierung den traurigen Zustand des Elementarunterrichts in unserem Regierungsbezirk unumwunden anerkannt. Er ist, sagt sie, vielfach selbst „hinter den billigsten Forderungen“ zurückgeblieben und, so fügt sie hinzu, sogar hinter denjenigen Forderungen an die Schulbildung, welche die militärische Statistik zu stellen angewiesen ist. Diese bezeichnet nämlich als Rekruten, die ohne Schulbildung geliebt sind, nur solche, welche nicht einmal die dürftigste Fertigkeit im Lesen besitzen. Da ist es nun im ganzen preuss. Staate gerade der Regierungsbezirk Danzig, der, nächst Marienwerder die verhältnismäßig größte Zahl von so unverantwortlich vernachlässigten jungen Leuten in die Armee einstellt. Unter unsern Recruten waren im letzten Erfassungsjahre („Danziger Zeitung“ No. 5792) fast 16 %, die jeder Schulbildung ermangelten, während in allen übrigen Provinzen, wenn wir die beiden Stiefkinder der Unterrichtsverwaltung, Preußen und Posen ausnehmen, dieser Procentfuß durchschnittlich noch nicht 1½ betrug. Er war bei uns fast 8 Mal so hoch als in Hinterpommern und über 20 Mal so hoch als in Vorpommern. Ja, unsere Landschulen müssen durchschnittlich sogar noch weniger leisten, als die im Regierungsbezirk Marienwerder. Zwar ist in diesem der Procentfuß beinahe 18; aber bei uns wohnen 30 % der Bevölkerung in 11 Städten und dort nur 20 % in 42 meist ganz kleinen Städten zerstreut, so daß ohne Zweifel aus unseren Städten verhältnismäßig viel weniger ganz ununterrichtete junge Leute hervorgehen, als aus den Marienwerderschen. Dazu kommt, daß schwerlich irgendwo auf dem platten Lande von Marienwerder die Schulen in einem so guten Zustande sind, wie in unsern dichtbevölkerten und wohlhabenden Niederungen und Werthern. Wie schlimm muß es also in den übrigen Orten unseres platten Landes aussehen! Mit Uebergehung jedes andern Beispiels theilen wir nur mit, was uns über die Schulzustände in einem von meist ganz armen Leuten bewohnten

Zur Geschichte des schwarzen Cabinets in Preußen, über das wir früher nach den „Briefen des Generalpostmeisters v. Nagler“ (Nr. 5721/23 und 25 d. Btg.) berichtet, theilt Ludwig Walewode aus Sinitzart der „Fr. Z.“ ein Actenstück mit, welches beweist, daß schon vor Nagler die antliche Briefspionage in Preußen üblich gewesen ist. Das Actenstück, dessen Original sich im Besitz Walewodes befindet, ist im J. 1811 aus dem Cabinet des Grafen, späteren Fürsten Hardenberg hervorgegangen und an den damaligen Polizeipräsidenten v. Stein in Königsberg gerichtet. Dies höchst charakteristische Schreiben lautet:

„Unter allen Maßregeln, die in der höheren Polizei Anwendung finden, ist die Controle der Briefe ohne Zweifel die wichtigste. Sie giebt die meisten, die sichersten Resultate, und ihre Ausübung ist weder mit großen Kosten noch mit der Gefahr einer leichten Bekantwerdung verbunden, wenn dabei nur mit einiger Vorsicht und Geschicklichkeit verfahren wird. Derselbe verdient daher die höchste Aufmerksamkeit.“

„Es ist mir nicht genau bekannt, ob und in welcher Art Euer, Hochwohlgeboren sich dieserhalb mit dem dortigen Hofpostamt geeinigt haben, ich gebe mir indessen die Ehre, Demerselben das in dieser Angelegenheit hier angenommene Verfahren zur eventuellen Berücksichtigung ergeben zu empfehlen.“

Das hiesige Hofpostamt, welches eine Liste der in höherer politischer Hinsicht verdächtigen Subjecte mit der Anweisung erhalten hat, alle an sie und wo möglich auch die von ihnen kommenden Briefe zu öffnen und durchzusehen, theilt mir posttäglich ein Verzeichniß aller geöffneten Briefe mit, wo außer der Adresse, dem Datum und Orte des Schreibens, auch wenn er genannt ist, der Name des Verfassers und der Inhalt kurz aufgenommen wird. Alle Briefe, deren Tendenz aus dem Inhalte nicht ganz deutlich zu ersehen, oder wirklich verdächtig ist, werden mir nach Umständen im Original oder abgeschrieben vorgelegt.

Auf diese Weise erhalte ich Resultate und kann zugleich übersetzen, wie viel von Seiten der Postbehörde, bei welcher, wie auch dort, ein eigenes Subject mit diesem Gegenstande beschäftigt und an Haupt-Posttagen ein Officiant meines Bureau's zugeordnet wird, für den allgemeinen Zweck gethan wird.

Ob Ew. Hochwohlgeboren dieses Verfahren, wenn das Ihrige davon abweicht, ganz oder zum Theil in Anwendung zu bringen rathsam finden? und wie Sie es bisher mit der Controle der Briefe gehalten haben? darüber bitte ich um bald gefällige Benachrichtigung. — Berlin, 14. Mai 1811. Aus Auftrage Sr. Excellenz des Hrn. Staats-Kanzlers Gruner. An den Königl. Polizei-Präsidenten Hrn. v. Stein Hochwohlgeboren in Königsberg in Preußen.“

Dorfe geschrieben wird, das unmittelbar an die Elbinger Vorstädte sich anreißt und in welchem, wohl gemerkt, die Schulunterhaltungspflicht dem königlichen Fiscus obliegt. „In Pangris' Colonie, so heißt es in dem Briefe, giebt es ca. 460 schulpflichtige Kinder, von denen ca. 200 von einem einzigen katholischen und ca. 260 von einem einzigen evangelischen Lehrer unterrichtet werden oder, richtiger gesagt, unterrichtet werden sollen. Beide Schulen sind sogenannte Halbtagsschulen, aber keines von den beiden überaus kläglichen Schulkollegen ist groß genug, um auch nur an jedem Vor- und Nachmittage die Hälfte der schulpflichtigen Kinder aufzunehmen. Freilich sind seit 25 Jahren unaufhörliche Klagen über diesen erbarmungswürdigen Zustand erhoben worden, und in eben diesen 25 Jahren hat man die verschiedenartigsten Baupläne zu ausreichenden Schulhäusern entworfen; aber an die Ausführung soll erst jetzt gegangen werden. Zunächst will man eine vierklassige evangelische Schule bauen; wenn sie aber fertig wird, und wann dann die Reihe an die katholische Schule kommen soll, das mögen die Götter wissen. Zu verwundern ist es natürlich nicht, daß das arme Dorf mit der Zeit zu einer wahren Brutstätte von Bettlern und noch schlimmeren Menschen geworden ist!“

Doch sprechen wir von dem „Ausruf“ der Danziger Regierung. Da heißt es, nach einer weitem Ausführung der eben angeführten Klage über die Nichterfüllung auch der billigsten Forderungen: „Vor allem muß das Haupthinderniß eines geordneten und stufenmäßig fortschreitenden Unterrichtes, der unregelmäßige Schulbesuch der Kinder, vollständig beseitigt werden.“ Aber wie will man den auch nur möglich machen, wenn nicht bloß in Pangris' Colonie, sondern noch in gar manchen andern Dörfern, sei es königlichen, sei es nicht königlichen Patronats, in den Schulzimmern nicht einmal der hinlängliche Raum für sämtliche schulpflichtige Kinder vorhanden ist? Und gesetzt, es wäre dieser Raum vorhanden, und es würde dann auch der regelmäßige Schulunterricht durch die in dem „Ausruf“ allein vorgeschlagenen Mittel herbeigeführt, es reichten wirklich „Belehrung und Ermahnung von Seiten der Schulpatrone, Schulvorstände, landwirtschaftlichen Vereinen, Behörden, Patronats und der Regierung selbst“ zu diesem Zwecke vollständig aus: wie soll denn das von dieser Behörde ebenfalls als höchsthin notwendig bezeichnete „stufenweise Fortschreiten des Unterrichtes“ in einer nur einigermaßen genügenden Weise ermöglicht werden, wenn man, wie in den Regularativen, so in dem neuen Schulgesetz-Entwurfe, die einklassige Elementarschule als die normale Schule festhält, und die mehrklassige Schule selbst da, wo dieselbe auch ohne Vereinigung mehrerer Gemeinden zu einer einzigen Schulgemeinde möglich wäre, gleichwohl durch die obligatorische Trennung in eine katholische und eine evangelische Schule verhindert?

Doch wir wollen einmal von Allem absehen, was vom pädagogischen Standpunkte aus über die Einrichtung des Volksschulwesens gesagt werden muß. Wir wollen nur daran erinnern, daß zu einer zweckmäßigen Einrichtung der Schulen in erster Linie Geld nöthig ist, und daß das nöthige Geld nur geschafft werden kann: erstens durch eine gründlich reformirte Verwaltung unseres Staatshaushaltes, und zweitens durch die Ueberlassung der Schule an eine wohlgeordnete und freie communale Selbstverwaltung. Wir wollen indeß, trotz aller Zweifel, die Hoffnung nicht ganz aufgeben, es werde der neue Finanzminister es dahin bringen, daß in keinem „Ausruf“ einer Bezirksregierung wieder gesagt wer-

den darf, wie in dem vorliegenden, daß nicht allein „für die Vermehrung der Schulsysteme, für die Verbesserung der Schuldotationen“, was allerdings vorzugsweise Sache der Gemeinden wäre, sondern daß auch für die Erfüllung einer unzweifelhaften Pflicht des Staates, nämlich „für die sachgemäße Bildung der Lehrer“ der Regierung nur Geldmittel „in geringem Maße zur Disposition stehen“. Was dagegen die Selbstverwaltung der Schule betrifft, so ist es, man darf sagen, absolut gewiß, daß wir sie erst dann erwarten können, wenn Hr. v. Mähler nicht mehr Minister ist.

Doch ehe wir schließen, müssen wir noch einen Irrthum wieder gut machen. Die Regierung führt in der That noch ein zweites Mittel zur Herbeiführung eines regelmäßigen Schulbesuches an. Dem durch die oben erwähnte „Belehrung und Ermahnung“ zu erstrebenden Ziele, sagt sie, „werden wir schneller näher kommen, wenn sich die rettende und schützende Liebe wohlwollender Menschenfreunde der Errichtung von Kleinkinderschulen zuwendet.“

Berlin, 1. Decbr. Die Abrüstungsfrage bildet immer noch einen Zapfen zwischen der Fortschrittspartei und den Nationalliberalen. Birchow hat den Streit neuerdings durch eine längere Zuschrift an die „National-Zeitung“ geschürt, welche nicht unerwidert läßt und in der er den Kürzern zieht, da er starke Inconsequenzen begangen hat. — In der Versammlung des zweiten Wahlbezirks, zu der sich nur 200 Wähler einfanden, erschienen gestern Runge und Joh. Jacoby nicht, wie man erwartet hatte. Es wurde nur ein Schreiben des Letzteren verlesen, in dem er sagt: er habe sich seit seiner letzten erfolglosen Resolution vom Jahre 1866 („diesem Ministerium keinen Großen mehr und keinen Mann!“) das Wort gegeben, nicht eher wieder eine Resolution einzubringen, zu unterstützen oder für eine zu stimmen, bis er die Ueberzeugung erlangt habe, daß das Volk auch sofort derselben Nachdruck zu geben bereit sei. Nach dieser Aeußerung will sich Joh. Jacoby auf keine Discussionen, sondern nur noch auf Thaten einlassen, wobei er selbst wohl noch lange zur Thatsächlichkeit verurtheilt bleiben wird. Bei der Debatte über die Zustimmung zeigten sich drei von einander abweichende Ansichten. Die Einen wünschten den ganzen Etat zu verweigern, die Andern den des Cultusministers, die Dritten wollten nur den Gehalt des Ministers zurückhalten; ein Redner sagte, die Minister müßten Karren sein, wenn sie gehen wollten, so lange die Abgeordneten sagen: „Gott und die Menschen sollen mich verfluchen!“ und hinterher den Etat bewilligen. Die Adresse erhielt in Folge dessen folgende Form: „Der zweite Wahlbezirk spricht dem Hrn. Biegler für sein energisches Vorgehen im Abgeordnetenhaus seinen speciellen Dank aus, erklärt sich mit den von demselben ausgesprochenen Forderungen einverstanden, beauftragt den Vorstand, dies Hrn. Biegler auszusprechen und hegt die Hoffnung, daß die Fortschrittspartei dem gesammten Budget ihre Zustimmung versagt, wenn der Cultusminister dann noch am Ruder ist!“ — Der vierte Wahlbezirk schloß sich in seiner gestrigen Versammlung der Resolution des ersten Wahlbezirks bezüglich des Birchow'schen Antrages in unwesentlich veränderter Form und der Zustimmungsadresse an Biegler ganz so an, wie sie der dritte Wahlbezirk bereits an die genannte Adresse gelangen ließ. Auch hier machte sich die Jacoby'sche Partei bemerklich, aber viel weniger intensiv; sie beschränkte sich darauf, das Biegler'sche Verdict in: „Fort mit dem Ministerium Bismarck!“ zu corrigiren. Der Abgeordnete Dunder erklär-

Gegen den Sperling.

Es ist erstaunlich zu sehen, wie leicht ein sonst wahrscheinlich ganz ehrenwerther und in anderen Beziehungen streng gewissenhafter Mann sich in gedankenloser Nachbetelei dazu bergiebt, Weisheit auf einem Gebiete zu predigen auf dem er offenbar selbst nicht zu Hause ist.

Man muß es schon sehr bedauern, daß die Danziger Regierung sich in guter Absicht durch die Gloger'schen Andeutungen hat zu dem großen Mißgriffe verleiten lassen, das Töbten der Sperlinge zu verbieten, denn es ist das ein schwerer Irrthum, dessen Folgen voransichtlich in wenigen Jahren diametral entgegengesetzte obrigkeitliche Maßregeln notwendig machen werden. Nun kommt aber gar noch in dem Feuilleton der Danz. Zeitung No. 5790 ein sentimentaler Sperlingsfreund und empfiehlt geradezu diesem Ungeziefer — denn das und weiter nichts sind die Sperlinge für jegliche Landescultur — im herannahenden nahrungslosen Winter mit freundlichstlichen Futterrationen zu Hilfe zu kom-

men! Es handelt sich hier aber um eine Frage, deren Lösung überhaupt nicht in der Stadtküche hinter dem warmen Ofen, sondern draußen, wo der Wind durch die Blätter rauscht, durch den praktischen Landwirth gefunden wird. Denn: „Grau, Freund, ist alle Theorie, Grün nur des Lebens einig junger Baum.“

Jeder Landwirth, der seine Aufmerksamkeit prüfend auf das Treiben des Sperlings gerichtet hat, wird einstimmen in die allgemeinen Verwünschungen dieses frechen diebischen Geschöpfes, dieser Plage des Feldes und Gartens. Nichts ist vor seiner Klauelust sicher. In der Nähe der Dörfer vernichtet er ganze Breiten Weizen, Gerste und Hafer und in den Gärten läßt er kaum noch eine Kirsche oder Erbe reif werden. Nur wenn der Sperling gar nichts anders findet, frist er Käfer und überhaupt Insekten, darunter aber eben so viele nützliche als schädliche, namentlich Laufkäfer und Schlupfwespen, und nur im höchsten Nothfalle einige Arten Raupen, jedoch gerade die schädlichsten wiederum nicht.

Es erregt die Verwunderung darüber lächerlich, daß der Prof. Siebel in Halle in der Zeit vom 18. April bis 24. Juni in den Magen getödteter Sperlinge äußerst wenig Körner von Getreide gefunden hat. Das konnte man ihm vorherlagen. In der Zeit vom 18. April bis 24. Juni giebt es bekanntlich weder in der Scheune noch auf dem Felde Körner; wo hätten da die Sperlinge solche her haben sollen — allenfalls mit Ausnahme der wenigen aufgefundenen, welche sie offenbar den Hühnern gestohlen hatten. Wenn dagegen gefälligst Jemand in den 9 Monaten von Juli bis März den Mageninhalt der Sperlinge untersuchen will, so wird er finden, daß derselbe ausschließlich fast nur aus Feld- und Gartenfrüchten — besonders Getreide — besteht.

Die Annahme des Superintendenten Oberdieck, daß der durch die Sperlinge verursachte Schaden für Hannover sich auf etwa 50,000 Schffl. Getreide beläuft, ist sicher nicht, wie der Sperlingsfreund meint — zu hoch, sondern eher zu niedrig, da Hannover etwa 5000 ländliche Ortshaften hat, von denen danach eine jede 10 Schffl. Sperlingsfrass erleiden würde, während der Verfasser dieses Brotes sich sehr glücklich schätzen würde, wenn er allein seine Befugung mit dem Sechsfachen von der Brand-schätzung der Sperlinge frei kaufen könnte.

Der Raum ist zu einer weitem Ausführung des Gegenstandes hier zu beschränkt, doch verweise ich auf die gründlichen Untersuchungen von Oberdieck und Lucas zu Neutlingen in ihrem Journal für Pomologie und auf den Feuilletonartikel des Professor Dr. Körnicke in No. 29 der land- und forstwirtschaftlichen Zeitung pro 1867.

Töbten darf den Sperling hier freilich Niemand, denn das ist leider in der hiesigen Gegend einstweilen bei 10 $\frac{1}{2}$ Strafe verboten, ihn aber obendrein noch zu pflügen, zu sätern und zu erkalten, wenn die Natur in ihrem wohlthätigen ausgleichenden Walten sich etwa ansetzen sollte, durch einen strengen Winter auch unter diesem Ungeziefer wieder einmal aufzuräumen — das kann nur der harmlosesten Unwissenheit einfallen, denn für Jeden, der ein besüßtes Urtheil zur Sache besitzt, kann allein nur der Einspruch gelten, zu dem Dr. Körnicke als dem Einzigen seiner Untersuchungen gelangt: „Ceterum censeo, passerem esse delendam.“

Kronenhoff, 1. December. Bodenstein.

